GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Rückwärts oder vorwärts? Die Entwicklung der Frauen und Geschlechterpolitik in Polen, Tschechien und Ungarn

Holz, Anna

2006

https://doi.org/10.25595/3080

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Holz, Anna: *Rückwärts oder vorwärts? Die Entwicklung der Frauen und Geschlechterpolitik in Polen, Tschechien und Ungarn*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 15 (2006) Nr: 1, 48–57. DOI: https://doi.org/10.25595/3080.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Rudolph, Brigitte, 2001: „Mögliche Chancen und befürchtete Fallen der ‚Neuen Tätigkeitsgesellschaft' für Frauen." *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B 21, 24-30.

Rudolph, Brigitte, 2003: „Bürgerschaftliches Engagement im Wandel – Perspektiven für ein neues Geschlechtermodell?" *Feministische Studien*. 21. Jg. H. 1, 123-126.

Siemieńska, Renata, 1994: „Continuity or Change? The Woman's Role in Polish Public Life since the Fall of the Communist Regime". *Social Research*. H.1, 326-334.

Šiklová, Jirina, 2005: „Welcher Feminismus existiert im Postkommunismus? Ein deutsch-tschechischer Vergleich". In: Jünemann, Annette/Klement, Carmen (Hg.): *Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*. Baden-Baden, 165-172.

Steinhilber, Silke, 2004: *Gender Dimensions of Social Security Reforms in Transition Economies. Expert, Gender and Welfare Reforms in Central Europe. Background paper VI, Regional Symposium on Mainstreaming Gender into Economic Politics*. Internet: http://www.unece.org/oes/gender/documents/gender. 2004.gds.pdf (14.4.2004).

Szabó, Szilvia (Hg.), 2003: *Gender Assessment of the Impact of EU Accession on the Status of Women in the Labour Market in CEE. National Study: Hungary*. Budapest.

UNICEF, 1999: *Women in Transition*. Regional Monitoring Report No. 6. Florenz.

Young, Brigitte, 2005: „Widersprüche zwischen der europäischen Makroökonomie und Gender Mainstreaming. Unüberwindbare Widersprüche?" In: Jünemann, Annette/Klement, Carmen (Hg.): *Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*. Baden-Baden, 27-45.

Rückwärts oder vorwärts?

Die Entwicklung der Frauen- und Geschlechterpolitik in Polen, Tschechien und Ungarn[1]

Anna Holz

Einleitung

Zwei Jahre nach der Erweiterung der Europäischen Union (EU) eine ausgewogene Bilanz über die Geschlechterpolitik in den osteuropäischen Mitgliedstaaten zu ziehen, ist anspruchsvoll. Zum einen sind fundierte Studien noch rar, zum anderen fallen die ersten Einschätzungen von beteiligten AkteurInnen, PublizistInnen und PolitikerInnen meist negativ aus. Frauen in Mittel- und Osteuropa (MOE) hatten generell keine hohen Erwartungen an den Beitritt zur EU, erhofften sich aber durch die Übernahme europäischen Rechts und den Zugang zu Aktions- und Förderprogrammen eine faktische Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter und der Chancengleichheit. Angesichts einer traditionalen Geschlechterpolitik in den Beitrittsländern erwarteten

umgekehrt viele Feministinnen in westeuropäischen Ländern gar einen Rückwärtstrend in der Europäischen Union.
Dieser Beitrag skizziert die Entwicklung der Frauen- und Geschlechterpolitik in den drei ostmitteleuropäischen Staaten Polen, Tschechien und Ungarn. Er zeigt auf, wie politische Kultur und das Erbe realsozialistischer Frauenpolitik das Politikfeld der Frauen- und Geschlechterpolitik in diesen Ländern prägen und für die bescheidene Bilanz mitverantwortlich sind. Es werden Hoffnungen und Erwartungen diskutiert, die mit der Aufnahme der Länder in die EU verbunden waren. Für die drei Länder werden die Entwicklung der staatlichen *equality machineries* und die Übernahme des Gender-*acquis* nachgezeichnet. Wo liegen entscheidende Unterschiede, wo die Gemeinsamkeiten? Auf dieser Grundlage wird im letzten Abschnitt der Blick nach vorn gerichtet. Dabei werden verschiedene Entwicklungsperspektiven sowie politische Handlungsmöglichkeiten diskutiert.

Die historische Entwicklung der osteuropäischen Frauenbewegung(en)

Blickt man auf die Entstehungsgeschichte europäischer Frauenbewegungen, so treten einige Gemeinsamkeiten deutlich hervor. Beeinflusst von der jeweiligen ökonomischen Entwicklung und der Rolle der Religion entstanden die Frauenbewegungen im Laufe des 19. Jahrhunderts häufig im Kontext von nationalen Befreiungsbewegungen (vgl. Roth 2003, 277). Zu Beginn standen meist Forderungen nach dem Recht auf Bildung und Erwerbstätigkeit sowie sozialer Absicherung. Politische Rechte wurden erst später verlangt. In Osteuropa war der Kontext der Nationalstaatsbildung besonders prägend, und Frauen engagierten sich häufig in National- und Frauenbewegungen. Dabei blieb, auch in ihren eigenen Augen, der Kampf um nationale Unabhängigkeit fast ausnahmslos das wichtigere und höher stehende Anliegen.
Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auf Grundlage marxistischer Theorien zur Frauenunterdrückung eine realsozialistische Emanzipationspolitik initiiert. Bei umfassender rechtlicher Gleichstellung wurde lebenslange weibliche Erwerbstätigkeit propagiert, ohne die Arbeitsteilung im Privatleben in Frage zu stellen. Es wurde ein staatspaternalistischer Wohlfahrtsstaat installiert, der eine umfassende soziale Fürsorge meist an den Erwerbsstatus band. Mit Kinderbetreuungsstätten, Kantinen und anderen öffentlichen Einrichtungen sollten Frauen die Vereinbarung von Erwerbstätigkeit und Haus- wie Betreuungsarbeit ermöglicht werden. In der Realität bedeutete dieses System eine starke geschlechtsspezifische (und -hierarchische) Segregation des Arbeitsmarktes, ungleiche Entlohnung sowie Doppelbelastung von Frauen. Unabhängige Frauenorganisationen, die das „proletarische Patriarchat“ hätten kritisieren können, gab es nicht. Stattdessen bemühten sich die Frauen-Transmissionsriemen-Organisationen des Regimes um inkrementelle Verbesserungen der Lage der Frauen. In den tatsächlichen Machtzentren wie im Politbüro oder im Zentralkomitee der kommunistischen Parteien waren Frauen nur marginal vertreten (Miethe/Roth 2003, 15).

Das Erbe des Realsozialismus und die Transformation

Nach dem Zerfall des Eisernen Vorhangs begann in den ehemaligen Ostblockländern die „zweite" Frauenbewegung, die sich zum einen an ihren westlichen Pendants orientierte, und zum anderen auf die wachsenden Bedürfnisse der Frauen reagierte. Ein zentrales Anliegen war am Anfang die Abtreibung (Miethe/Roth 2003, 16). Daneben entwickelten sich auch sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz oder Gewalt in der Familie zu öffentlichen Themen (Roth 2003, 280), und es wurden Strategien gegen die gesunkene politische Repräsentation von Frauen gesucht. Durch die Etablierung eines neuen Wertesystems auf ideologischer Basis, einer Berufung auf traditionelle Werte (durch den Einfluss der katholischen Kirche auf die neuen Machthaber gilt dies in besonderem Maß für Polen), kam es zu einer Abwertung der Position der Frau sowie zu Einschnitten in ihren zivilen, sozialen und politischen Rechten (Fuchs/Hinterhuber 2003, 708). In den auf den Systemwechsel folgenden Jahren sanken in fast allen MOE-Ländern die Erwerbsquoten, die Steuereinnahmen sowie das Bruttosozialprodukt. Von diesen wirtschaftlichen Härten waren Frauen meist ungleich stärker betroffen als Männer, etwa durch Arbeitslosigkeit oder die Teilprivatisierung der Altersvorsorge (vgl. Steinhilber 2003). Daher verschob sich der Schwerpunkt der Frauenorganisationen hin zu sozialpolitischen Themen und einem entsprechenden Engagement (Miethe/Roth 2003, 15).

Die EU-Osterweiterung: Hoffnungen, Erwartungen und Befürchtungen

Rückblickend kann von einer alarmierenden Verschlechterung der Position von Frauen in den postsozialistischen Gesellschaften Osteuropas gesprochen werden (vgl. Pető 2003, 194f.). Vor diesem Hintergrund gingen die Meinungen zu den geschlechterpolitischen Auswirkungen der Osterweiterung auseinander. Einerseits bestand die Sorge, dass die osteuropäischen Länder mit ihren komplexen Geschlechterverhältnissen die EU zusätzlich belasten könnten. Andererseits wurde darauf hingewiesen, dass sich mit der gesunkenen Erwerbsquote und der zurück gegangenen politischen Partizipation der Frauen deren Position an die Frauen im Westen angenähert hätten und es nun an der Zeit sei, politische Allianzen und Strategien zwischen Ost- und Westeuropa zu schmieden. Aus dieser Perspektive kam die Erweiterung zum richtigen Zeitpunkt (ebd.). Als Hindernis für künftige Kooperationen wurde der Wettbewerb um Finanzmittel antizipiert (Chołuj/Neusüß 2004a, 10). Im Kern stellte sich die Frage, ob der Beitritt, gemessen an den Erwartungen und Möglichkeiten, in den drei neuen Mitgliedsländern zu einem Fort- oder aber zu einem Rückschritt führen würde.
In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurde die Erweiterung je nach dem bestehenden frauenpolitischen Standard befürwortet oder abgelehnt. Seit Einführung des Gender Mainstreaming nahmen die optimistischen Erwartungen zwar zu, aber auch die Sorge um die bisher dürftig entwickelten frauenpolitischen Strukturen auf staatlicher Ebene

(Chołuj/Neusüß 2004b, 191). Frauen fürchteten, die finanzielle und politische Unterstützung der EU zu verlieren und sich gegen die starken traditionellen Vorstellungen nicht durchsetzen zu können (Pető 2003, 197).
Božena Chołuj und Claudia Neusüß haben für *Unifem* die mit der EU-Osterweiterung verbundenen Erwartungen der Frauen in Ost- und Westeuropa anhand von Interviews und Umfragen genauer analysiert. Viele Aktivistinnen im Osten befürchteten, nicht als gleichwertige Partnerinnen unter den älteren Mitgliedern der Union anerkannt zu werden, und dass damit ihre spezifischen, aus der kommunistischen Zeit stammenden Probleme und Bedingungen marginalisiert würden (Chołuj/Neusüß 2004a, 5). Sie fürchteten auch, dass der Beitritt ihre Beziehungen zu Ländern außerhalb der Union schwächen werde. Des Weiteren würden die profitorientierten Politiken der EU die viel dringenderen Probleme zahlreicher Frauen, wie zum Beispiel Altersarmut, an den Rand drängen. Der Gender-Mainstreaming-Ansatz wird mit Skepsis betrachtet, denn er würde nur formal gelten, aber nicht praktisch umgesetzt werden. In der Tschechischen Republik wurden wegen des EU-Beitritts zwar einige Themen öffentlich diskutiert, die vorher nicht debattiert wurden, aber meistens erwiesen sich die Debatten als bloße rhetorische Übungen (Lienau 2005). Die Angst vor Abzug internationaler Stiftungen wurde durch die gleichzeitige Sorge verstärkt, über zu wenig Wissen und Erfahrung über den Zugang zu europäischen Mitteln zu verfügen. Auf der anderen Seite standen die Hoffnungen auf eine bessere rechtliche Lage der Gleichstellungspolitik durch die Übernahme des Gender-*acquis* sowie langfristig auf eine Änderung der traditionalistischen Atmosphäre. In Polen sahen die Frauen in den EU-Direktiven bedeutsame Instrumente, um die nationalen Regierungen unter Druck zu setzen (Chołuj/Neusüß 2004b, 190). Die Aussicht auf weitere Kooperationen mit anderen europäischen und nicht-europäischen Organisationen ließ auf eine Stärkung ihrer Position hoffen, auch wenn zum Teil der Wunsch nach einer unabhängigen Vertretung der „osteuropäischen" Stimme geäußert wurde (Chołuj/Neusüß 2004a, 6).

Geschlechterpolitik in den drei Ländern

In *Polen* wurde bereits Anfang der 1990er Jahre das Büro des Regierungsbeauftragten für Frauenfragen und Familienangelegenheiten als Teil der Kanzlei des Ministerpräsidenten geschaffen und war damit von den aktuellen politischen Verhältnissen abhängig. 1997 wurde es aufgelöst und stattdessen ein Büro für Familienangelegenheiten mit einer kirchennahen Leitung eingerichtet. Erst 2001 bekam Polen ein Gleichstellungsbüro der Regierung. Der Wirkungsbereich dieser Institution war von Beginn an eng und das Budget knapp. Auch in den Regionen, den Wojewodschaften, wurden lokale Gleichstellungsbeauftragte mit geringer Ausstattung berufen, die außerdem auch noch abhängig vom guten Willen des Wojewoden sind (Chołuj/Neusüß 2004b, 187-189). Leider gibt es in Polen immer noch kein Gleichstellungsgesetz, denn es war nie Voraussetzung für den EU-Beitritt. Das bedeutet letztlich, dass sich die staatliche

Gleichstellungsarbeit auf Werbung für das Thema in der Öffentlichkeit beschränkte (ebd., 188f.). Seit 1991 besteht die Parlamentarische Frauengruppe, die immer wieder Gesetzesvorlagen zur Chancengleichheit und Gleichstellung ins Parlament einbringt. Eine Gleichstellungskommission gibt es bisher nicht. Demgegenüber sind Frauen-Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Polen nicht nur das wichtigste Forum zur Formulierung der eigenen Interessen und Ziele, sondern auch aktiv bei der Entwicklung der politischen Strategien sowie der feministischen Forschung (Chołuj 2003, 217). Dazu gehört etwa die Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt und in der Politik oder das Einfordern sexueller Freiheitsrechte. Unterstützt durch die Medien, werden feministische Argumente zunehmend in der Gesellschaft rezipiert (Fuchs/Hinterhuber 2003, 714). Im Jahr 2002 wurde Polen im Fortschrittsbericht für die Änderungen des Arbeitsrechts, die Einrichtung dieses Gleichstellungsbüros sowie die Zunahme des Frauenanteils im Parlament gelobt. Dagegen wurde es nicht für die fehlenden Mechanismen zum Monitoring (d.h. der Überwachung und Steuerung des Gleichstellungsprozesses) zur Beschleunigung der Implementierung der EU-Richtlinien gerügt. Das Büro des Gleichstellungsbeauftragten (sic) der Regierung war das entscheidende Organ bei der Umsetzung der Geschlechtergleichstellung, wurde aber von anderen Ministerien aus mangelndem Interesse und Verständnis des Themas kaum unterstützt. Hingegen kooperierten viele Frauenorganisationen mit dem Büro. Zusätzlich forderten die NGOs Druck von Seiten der EU-Verhandlungspartner (Lohmann/Seibert 2003, 2f.). Die polnische EU-Verhandlungskommission berief sich auf die kulturelle Eigenheit Polens als Hauptargument für die Verzögerung der Realisierung vieler Gleichstellungsrichtlinien (Chołuj/Neusüß 2004b, 186). Insgesamt steht die staatliche Gleichstellungspolitik Polens in einem Spannungsverhältnis zwischen den Forderungen der polnischen Frauenbewegung und den konservativen Kräften in Staat und Kirche (ebd., 182). Ein herber Rückschlag war die Abschaffung des Büros des Gleichstellungsbeauftragten im November 2005 nach dem konservativen Regierungswechsel.[2] Im europäischen Vergleich ist Polen allerdings in Fragen der gesellschaftlichen und politischen Partizipation von Frauen keineswegs rückständig. Das Problem ist also tatsächlich das Bewusstsein für Gleichberechtigung und Emanzipation, das eine andere historische Rückbindung hat, und deswegen auch eine andere Herangehensweise an Frauenfragen erfordert (Feldmann-Wojtachnia 2005, 160-163). Möglicherweise wäre es sinnvoll, die Wurzeln der polnischen Frauenbewegung wieder zu beleben und eine Verbindung zwischen dem Patriotismus, Katholizismus und den Anliegen der Frauen zu suchen.

Die *Tschechische Republik* begann erst Ende der 1990er Jahre mit dem Aufbau institutioneller Instrumentarien für die Gleichstellung. 1998 wurde beim Ministerium für Arbeit und Soziales eine Abteilung für gleiche Rechte für Männer und Frauen eingerichtet. Auch diese verfügte über keinen geeigneten Etat, keine Sanktions- oder Durchsetzungsinstrumente, konnte aber dennoch einige wichtige Publikationen zu den neuen Begrifflichkeiten herausbringen. Die Abteilung bereitete den Nationalen

Aktionsplan (NAP) vor und berichtete über den Stand der Implementierung. Der NAP ist das wichtigste Dokument der tschechischen Regierung, denn darin setzt sie sich die Prioritäten und Richtlinien zur Erreichung gleicher Chancen für Männer und Frauen (Marksová-Tominová 2003, 1). Seit ca. zwei Jahren besteht der Regierungsrat für gleiche Chancen für Männer und Frauen, dem stellvertretende Minister, Vertreterinnen einiger Frauen-NGOs, der Gewerkschaften und des Arbeitgeberverbands angehören (Lienau 2005). Er hat eine beratende Funktion, verfügt jedoch aufgrund mangelnder Ressourcen und Wissen nicht über Macht (Pavlik 2003, 11,12). Darüber hinaus wurde im Juli 2002 eine Ständige Parlamentarische Kommission für Familie und gleiche Chancen eingerichtet. All diese Institutionen haben weder Macht noch Geld, und der Bevölkerung ist ihre Existenz kaum bewusst. Auch hier wurden durch den Beitrittsprozess vor allem Verbesserungen des Arbeitsrechts erreicht. Dennoch wurden im Fortschrittsbericht von 2002 noch viele Mängel beklagt (Lohnunterschiede, kein Bewusstsein über neues Arbeitsrecht, die administrativen Kapazitäten zu eng). Das Thema der häuslichen Gewalt gegen Frauen wurde nie in den regulären Beitrittsberichten erwähnt. Es gab zwar Änderungen des Strafrechts, aber eine gesetzliche Definition existiert immer noch nicht, und es gibt zu wenige Zufluchtsorte für die Opfer der Gewalt. Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt ist, dass die EU-Strukturhilfen nicht gender-bewusst verteilt wurden (Marksová-Tominová 2003, 1-3). Insgesamt hat sich in Tschechien keine spezifisch feministische politische Agenda entwickelt (Marksová-Tominová 2004, 112) und es gibt nur eine kleine, übervorsichtige und uneinheitliche Frauenlobby, die sich kaum einmischt.[3] Durch die EU-Strukturhilfen hat sich die finanzielle Situation der NGOs verbessert, aber die Kooperation mit der Regierung ist noch zögerlich (Lienau 2005). Das größte Problem in der Tschechischen Republik scheint das öffentliche Bewusstsein in der Politik und Gesellschaft für Geschlechtergleichheit zu sein, geprägt vom mangelnden Interesse, Wissen bis hin zur Missbilligung (Křížková 2005). Offizielle Regierungs-„Prioritäten" zur Chancengleichheit werden wegen des fehlenden politischen Willens nicht umgesetzt (Marksová-Tominová 2004, 116). Das schlechte Abschneiden der Frauen bei den Wahlen der letzten Jahre hat für Unmut über die ungleiche Repräsentation der Frauen gesorgt. Die Bevölkerungsmehrheit befürwortet zwar z.B. Quotenregelungen (ebd., 113), doch politisch tut sich nichts (ebd., 119); für die Parlamentswahlen 2006 sind gar so wenig Frauen wie noch nie seit der Wende nominiert (vgl. Meldung auf www.radio.cz/en/article/75082, 26.1.2006).

In *Ungarn* besteht seit 2002 ein Generaldirektorium für Chancengleichheit, das sich jedoch nicht auf Geschlechterungleichheiten beschränkt, sondern auch für behinderte Menschen und die Roma-Minderheit zuständig ist. Es ist dem Ministerium für Arbeit zugeordnet gewesen, bis 2003 ein eigenes Ministerium dafür geschaffen wurde und Ungarn seit 2004 eine Ministerin für Chancengleichheit hat. Darüber hinaus gibt es einen Rat für Chancengleichheit der Geschlechter, der mit NGOs zusammenarbeitet, um das Bewusstsein für Geschlechtergleichheit zu stärken. Die meisten vorhandenen

Politiken und Gesetze zur Gleichstellung resultieren also aus dem Beitritt zur EU. Da aber die Chancengleichheit nicht auf die Geschlechterfrage beschränkt, sondern um die Aspekte der Minderheiten und Behinderten erweitert wurde, wurde eine Chance verpasst, das Thema Geschlechtergleichheit stärker zu verankern. Überall herrscht Gleichgültigkeit gegenüber dem Thema Geschlechtergleichheit, die europäischen Richtlinien werden als aufgesetzte Politik von oben gewertet. In Ansätzen war die EU bisher durch Trainingsprogramme für Frauen oder Kampagnen für mehr Aufmerksamkeit zum Thema Gewalt gegen Frauen erfolgreich (Eberhardt 2005a). Der NGO-Sektor wächst seit 1989 langsam, aber er ist noch klein, insbesondere gibt es recht wenig explizite Frauenorganisationen. Die Unterstützung der Organisationen durch lokale Regierungen ist allerdings gestiegen. Nur wenige neue Themen mobilisierten ungarische Frauen (Abtreibung 1991-1992 und 1999-2000, Reform des Rentensystems und die Regulierung der Prostitution 1999-2000; vgl. Pető 2003, 190-191). Den Frauen selbst sind die Diskriminierungen und Ungleichheiten kaum bewusst. So besteht die ungarische feministische Bewegung momentan aus Intellektuellen der Altersgruppe Mitte 30 bis Ende 40 und ist in Universitätszentren konzentriert. Ein Beispiel ist die beklagte Unterrepräsentation von Frauen in der Politik, die weder zu Gegenmaßnahmen führt noch die Frauen selbst mobilisiert, sich politisch zu beteiligen, insbesondere sich explizit feministischen Vereinigungen anzuschließen, um gemeinsame geschlechtsspezifische Interessen zu vertreten. Die mangelnde Beteiligung liegt jedoch nicht an unzureichenden Bildungsvoraussetzungen, sondern vor allem an den männlichen Strukturen der politischen Karrieren, den männlichen Netzwerken und dem offiziell vertretenen Bild der Frau als Hausfrau und Mutter, dem auch eine Politikerin genügen muss (Fodor 2004, 157f.). Es gibt weder in der Öffentlichkeit noch in der Politik ein Bewusstsein bzw. Debatten über das Thema, die Frauen selbst nehmen keine Geschlechterperspektive ein (Eberhardt 2005b).

Die Gesamtbilanz nach zwei Jahren Erweiterung fällt ernüchternd aus. Inzwischen ist die Gleichstellungspolitik zwar rechtsverbindlich, aber aus Mangel an Kontrollen und Sanktionen besteht eine große Diskrepanz zwischen *de jure* und *de facto*, die vielen Betroffenen schmerzlich bewusst ist (vgl. Steinhilber 2003, 319-325). Die alten Ungleichheiten sind nach wie vor vorhanden; hinsichtlich ökonomischer, politischer und sozialer Integration sind kaum Verbesserungen zu verzeichnen. Zudem gibt es Hinweise für einen Einstellungswandel hin zu traditionellen Rollenmustern (vgl. Klement/Rudolph in diesem Heft), der einen Grund in der Transformation und den damit verbundenen wirtschaftlichen Unsicherheiten und Umwälzungen hat. Grund für die relativ schlechte Situation der Frauen in OME ist also nicht die Erweiterung selbst, sondern die Spezifika der politischen Kultur und der Transformationsfolgen. Einige Frauen verstanden es zwar, ihren relativ hohen Bildungsstand auszunutzen, doch solange die Rollenbilder bestehen und propagiert werden, werden sich die allgemeinen Einstellungen nicht ändern – und damit geht es gleichzeitig vorwärts und rückwärts (Sloat 2005).

Der Blick nach vorn

Womit können die nationalen Hürden der Geschlechtergleichheit abgebaut werden, um zu einer wirklich europäischen Geschlechterpolitik zu kommen? Für *Polen* werden konkret die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung der persönlichen Freiheitsrechte, die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes sowie die Verabschiedung des Gleichstellungsgesetzes gefordert (Chołuj/Neusüß 2004b, 191). Auch die neue polnische Regierung sollte zur Zusammenarbeit mit den NGOs ermuntert werden. In der Vernetzung der Frauen-NGOs wird die einzige Möglichkeit gesehen, sich politisch zu konstituieren.[4]

In der *Tschechischen Republik* muss zuallererst das öffentliche Bewusstsein über Geschlechterungleichheit durch Bildungs-, Motivations- und Bewusstseinskampagnen unterstützt werden; Gesetzesinstrumente sollten aktiv angewendet werden (Zelenková 2003, 3). Dabei müssten die europäischen Institutionen auch mehr mitwirken (Marksová-Tominová 2003, 3). Der NGO-Sektor muss zudem dringend unterstützt werden (Marksová-Tominová 2004, 120). Tschechische Feministinnen geben zu bedenken, dass der Einfluss des westlichen, v.a. populären, Feminismus wie die internationalen Erfahrungen junger Menschen nicht zu unterschätzen sind und hoffen auch auf Multiplikatoreneffekte etwa der Gender Studies in Prag.[5]

All diese Forderungen treffen natürlich auch auf *Ungarn* zu. Hier ist die Frage der politischen Repräsentation besonders wichtig. Vor allem braucht es die Einsicht, dass sich auch die Männer als soziale Gruppe ändern müssen, insbesondere hinsichtlich der Organisation von Produktionsarbeit und in bezug auf das Verständnis und die Umsetzung von Politik. Bisher werden diese Aufgaben von keiner Partei, keiner Organisation oder Institution unternommen (Fodor 2004, 160). Ohne einen klaren politischen Willen, angemessenen Monitoring-Agenturen und einer starken Frauenbewegung wird es keine effektive Durchsetzung der europäischen Geschlechtergleichstellung geben (Eberhardt 2005a).

Von der EU wird erwartet, dass sie sich vorbildhaft verhält, die vorhandenen Bestimmungen weiterentwickelt und vor allem den Austausch mit den nationalen Vertreterinnen der Regierungen wie der Nichtregierungsorganisationen über Fortschritte, Mechanismen und Maßnahmen sucht und fördert. Begonnen werden sollte mit der Erhöhung der politischen Partizipation in allen relevanten Gremien, um die tatsächlichen Erfahrungen und Interessen von Frauen zu diskutieren und bei politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. (vgl. Fuszara 2004, 98). Dazu sind auch mehr politische Trainings- und Bildungsmaßnahmen notwendig (Sloat 2005). Der Einbezug der Frauen-NGOs als wichtige politische Akteurinnen für Chancengleichheit muss in den jeweiligen nationalen Regierungspolitiken verbessert werden. Auch auf der EU-Ebene müssen Frauenorganisationen, etwa über die Europäische Frauenlobby, einbezogen werden. Ein wichtiges Thema stellt das Monitoring dar, welches mit allen relevanten Partnerinnen entwickelt werden sollte. Bis zur möglichen Konkretisierung der

Maßnahmen der europäischen Gleichstellungspolitik und bis positive Effekte sichtbar werden ist es noch ein langwieriger politischer Weg.

Anmerkungen

1 Ich danke Gesine Fuchs und Eva-Maria Hinterhuber für zahlreiche Kommentare.
2 Stattdessen wurde ein Departement für Gleichstellung und Familienleistungen im Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik eingerichtet (vgl. http://www.neww.org.pl/pl.php/news/news/1.html?&nw=1921&re=4, 19.2.2006).
3 Aussage von Hana Havelková auf der Tagung „Frauen im erweiterten Europa" in Frankfurt/M., 18./19.11.2005.
4 Aussage von Božena Chołuj auf der Tagung „Frauen im erweiterten Europa" in Frankfurt/M., 18./19.11.2005.
5 Hana Havelková auf ebendieser Tagung.

Literatur

Chołuj, Božena, 2003: „Die Situation der Frauen-NGO's in Polen an der Schwelle zum EU-Beitritt". In: Miethe, Ingrid/Roth, Silke (Hg.): *Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa*. Opladen, 203-224.

Chołuj, Božena/Neusüß, Claudia, 2004a: *EU Enlargement in 2004. East-West Priorities and Perspectives from Women Inside and Outside the EU. Discussion Paper written with support from the United Nations Development Fund for Women (UNIFEM).*

Chołuj, Božena/Neusüß, Claudia, 2004b: „Geschlechtergleichstellung in Polen – zwischen historischem Erbe und kulturellen Eigenheiten und neuen Herausforderungen". In: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia (Hg.): *Gender Mainstreaming. Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente*. Bonn, 182-193.

Eberhardt, Eva, 2005a: *Ungarn, Projekt „Enlargement, Gender and Governance", Work Package 4*. Internet: www.qub.ac.uk/egg.

Eberhardt, Eva, 2005b: *Ungarn, Projekt „Enlargement, Gender and Governance". Work Package 6*. Internet: www.qub.ac.uk/egg.

Feldmann-Wojtachnia, Eva, 2005: „Nach dem EU-Beitritt: Die politische Teilhabe von Frauen in Polen". In: Jünemann, Annette/Klement, Carmen (Hg.): *Die Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union*. Baden-Baden, 157-164.

Fodor, Éva, 2004: „Vorzeige-Parlamentarierinnen und Kleinstadt-Bürgermeisterinnen: die Partizipation von Frauen in der ungarischen Politik seit 1990". In: Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hg.): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten*. Wiesbaden, 147-162.

Fuchs, Gesine/Hinterhuber, Eva Maria, 2003: „Demokratie von unten? Unverfasste politische Partizipation von Frauen in Polen und Russland". In: *Osteuropa*. H. 5, 704-719.

Fuszara, Malgorzata, 2004: „‚Unvollendete Demokratie' – Frauen, Männer und die Macht in Polen". In: Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hg.): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten*. Wiesbaden, 81-100.

Fuszara, Malgorzata, 2005: *Polen, Projekt „Enlargement, Gender and Governance", Work Package 4*. Internet: www.qub.ac.uk/egg.

Křížková, Alena, 2005: *Tschechische Republik, Projekt „Enlargement, Gender and Governance", Work Package 6*. Internet: www.qub.ac.uk/egg.

Lienau, Marie, 2005: *Die tschechische Frauenbewegung gestern und heute: Die Aufbrüche und kein Feminismus*. Beitrag zur Tagung „Frauen im erweiterten Europa" am 18./19.11.2005, Frankfurt/M.

Lohmann, Kinga/Seibert, Anita, 2003: *Gender Equality and EU Accession: The Situation in Poland. WIDE Information Sheet*. Brüssel.

Marksová-Tominová, Michaela, 2003: *Gender Equality and EU Accession: The Situation in the Czech Republic. Wide Information Sheet*. Brüssel.

Marksová-Tominová, Michaela, 2004: „Der Unmut wächst: politische Partizipation von Frauen in Tschechien im Wandel". In: Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (Hg.): *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten*. Wiesbaden, 101-122.

Miethe, Ingrid/Roth, Silke, 2003: „Einleitung. Die EU als Chance und Herausforderung für Frauenbewegungen". In: Dies. (Hg.): *Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa*. Opladen, 9-20.

Pavlik, Petr, 2003: *Der tschechische Arbeitsmarkt – einige Aspekte zur Geschlechterproblematik. Beitrag zur FAM-Konferenz „Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht"*. München.

Pető, Andrea, 2003: „‚Angebot ohne Nachfrage' – Ungarische Frauen als Bürgerinnen eines EU-Beitrittslandes". In: Miethe, Ingrid/Roth, Silke (Hg.): *Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa*. Opladen, 183-202.

Roth, Silke, 2003: „Nationale und internationale Einflüsse – Ein Vergleich europäischer Frauenbewegungen". In: Miethe, Ingrid/Roth, Silke (Hg.): *Europas Töchter. Traditionen, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa*. Opladen, 275-286.

Sloat, Amanda, 2005: *Projekt „Enlargement, Gender and Governance", Work Package 4*. Internet: www.qub.ac.uk/egg.

Steinhilber, Silke, 2003: „Women's Views on Social Security Reform: Qualitative Survey". In: Fultz, Elaine u.a. (Hg.): *The Gender Dimensions of Social Security Reform in Central and Eastern Europe. Case Studies of the Czech Republic, Hungary and Poland*. Budapest, 315-325.

Zelenková, Dagmar, 2003: *Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Tschechischen Republik*. Beitrag zur FAM-Konferenz „Grenzen überwinden. Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht". München.